

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/046(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 21.08.2008	Altes Rathaus Beimzimmer	17:00Uhr	18:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte, die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.06.2008

Die Niederschrift der Sitzung vom 19.06.2008 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis Angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

4. Straßenbenennung
Vorlage: DS0314/08

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2009
Vorlage: DS0364/08

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

6. Ort der Erinnerung
Vorlage: A0029/08/2

Herr Dr. Dürre, Kulturbüro, macht Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung. Er informiert, dass der Kulturausschuss vorschlägt, zwei Gedenktafeln anzubringen.

Herr Meinecke interessiert, welche Leute dies überhaupt betrifft. Eine Pauschalisierung reicht ihm nicht aus. Da es sich hier um Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Stadtverordnete handelt, möchte er Namen wissen. Bis dahin wird er den Antrag ablehnen.

Herr Dr. Dürre führt aus, dass es keine Definition gibt, wer als „Opfer“ unter den Antrag fällt. Hier müssen jetzt die Historiker und Wissenschaftler agieren. Bis ein Ergebnis vorliegt, wird jedoch noch einige Zeit vergehen.

Herr Heintz vertritt die Auffassung, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, unter dem es auch „Opfer“ gegeben habe.

Herr Hoffmann legt dar, dass die DDR nie demokratisch legitimiert war. Es gab nie eine freie Wahl. Er spricht sich für das Anbringen von zwei Gedenktafeln aus.

Nach eingehender Diskussion stimmen die Ausschussmitglieder über folgenden Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Gedenktafel für den Zeitraum 1993 – 1945 und eine gesonderte Gedenktafel für den Zeitraum 1945 – 1989 am Rathaus anzubringen, die an alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, hauptamtliche Stadträte, Bürgermeister und Oberbürgermeister erinnern, die Opfer von deutschen Unrechtsstaaten geworden sind.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

6.1. Ort der Erinnerung
Vorlage: S0182/08

Die Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

7. Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt
Magdeburg zum Integrationsbeirat
Vorlage: A0093/08

Über den Antrag A0093/08 wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

- 7.1. Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt
Magdeburg zum Integrationsbeirat
Vorlage: S0133/08
-

Die Ausschussmitglieder nehmen die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: A0100/08
-

Frau Daniel, FB 02, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Sie informiert, dass die Formulierung der Verwaltung 3 Hunde betrifft.

Herr Grünert fragt nach, ob private Personen Mitglied einer Hilfsorganisation sein müssen.

Herr Langenhan, Amt 37, informiert, dass diese Personen in der Regel Mitglied einer Hilfsorganisation sind.

Die Ausschussmitglieder stimmen über folgenden Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag :

Der Stadtrat möge beschließen:

Die aktuelle Fassung der Hundesteuersatzung der Landeshauptstadt Magdeburg wird wie folgt geändert:

„§ 8 Steuerbefreiungen

Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für das Halten

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. von ausgebildeten und zugelassenen ~~Rettungs-~~und Diensthunden einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, die bei ihrem Hundehalter oder –führer leben.
5. von Hunden, die als Sanitäts- oder Rettungshund von anerkannten Sanitäts- oder Zivilschutzeinheiten verwendet werden und die dafür vorgesehene Prüfung abgelegt haben.
Als Nachweis sind das Prüfungszeugnis und eine aktuelle Bestätigung der für den Katastrophenschutz (Amt für Brand- und Katastrophenschutz) zuständigen Behörde **dem bis zum 31.01. jährlich zu stellenden** Antrag auf Steuerbefreiung beizufügen.“

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

8.1. Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: S0131/08

Die Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

9. Erhöhung des Anteils regenerativer Energien in der
Landeshauptstadt Magdeburg durch (bau)planungsrechtliche und
zivilrechtliche Instrumentarien
Vorlage: A0080/08

Über den Antrag A0080/08 wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

9.1. Erhöhung des Anteils regenerativer Energien in der
Landeshauptstadt Magdeburg durch (bau)planungsrechtliche und
zivilrechtliche Instrumentarien
Vorlage: S0163/08

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Feierliches Gelöbnis in Magdeburg
Vorlage: I0223/08

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationsvorlage I0223/08 zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

Herr Lischka informiert, dass er um einige Terminverschiebungen gebeten wurde.

18.09.2008 auf 11.09.2008

23.10.2008 auf 22.10.2008

18.12.2008 auf 16.12.2008

Die Ausschussmitglieder erzielen Einstimmigkeit darüber, dass der Septembertermin auf den 11.09.2008 verlegt wird. Zu den anderen Terminverschiebungen bittet der Vorsitzende die Mitglieder des Ausschusses Frau Becker über mögliche Terminkollisionen zu informieren.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin